

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 81 (2003)
Heft: 4

Artikel: Dafür und dagegen : wer "heilt" unsere Krankenversicherung?
Autor: Cavalli, Franco / Triponez, Pierre
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-724040>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

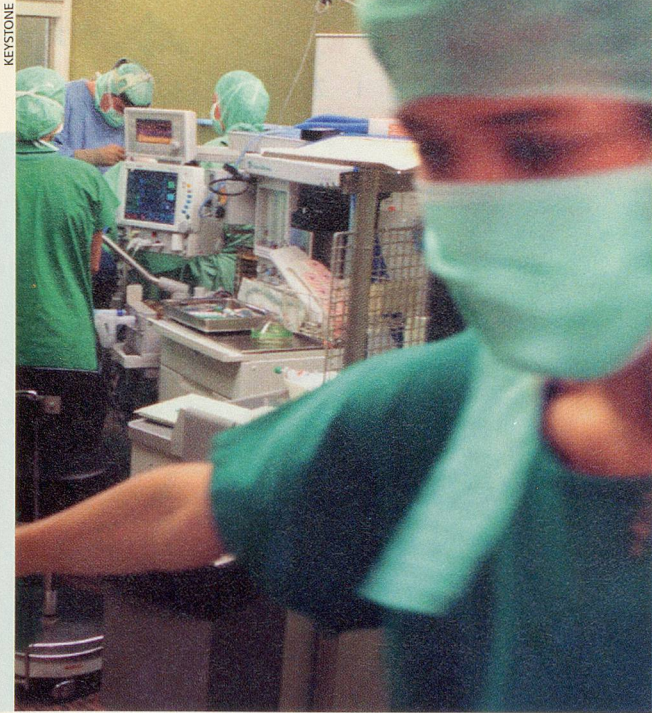
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Wer «heilt» unsere Krankenversicherung?

Die Kosten unseres Gesundheitswesens explodieren. Die Gesundheitsinitiative der SP will nun Abhilfe schaffen. Sie fordert mehr Geld aus der Mehrwertsteuer, einkommensabhängige Prämien und mehr Kompetenzen für den Bund. Am 18. Mai stimmen wir ab.

Mit der Abstimmung über die Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» nehmen wir am 18. Mai eine entscheidende Weichenstellung vor. Die Initiative packt nämlich die zwei Hauptprobleme unseres Gesundheitssystems an: das Fehlen einer minimalen nationalen Planung und das asoziale Finanzierungssystem.

Wir sind das einzige entwickelte Land, welches das Gesundheitssystem mit Kopfprämien, die für alle gleiche sind, finanziert. Anderswo geschieht dies mit Steuermitteln oder mit einkommensabhängigen Finanzierungsquellen. Die Folge davon: Die Reichen zahlen bei uns viel weniger, Familien mit mittlerem Einkommen dafür deutlich mehr als im Ausland. Für diese unerträglich gewordene Situation gibt es nur zwei Lösungen: die von der Initiative vorgesehene einkommensabhängige Finanzierung oder dann den drastischen Abbau des Leistungskataloges, was mit Sicherheit zur Zweiklassenmedizin führt. Von einer dritten Möglichkeit



DAFÜR: Franco Cavalli
Nationalrat SP TI
Prof. Dr. med., Chefarzt

(Senioren sollen höhere Prämien zahlen) wollen wir lieber gar nicht sprechen – selbst ihr Urheber (Bundespräsident Couchepin) hat diese in der Zwischenzeit «vergessen»!

Entgegen den Behauptungen der Gegner sieht die Initiative auch kohärente Massnahmen zur Dämpfung der Kostensteigerung vor. Die Spitzenmedizin wird endlich auf nationaler Ebene koordiniert, das Je-ka-mi der 26 nicht aufeinander abgestimmten kantonalen Planungen verschwindet, effiziente Qualitätskontrollen werden eingeführt, um die zehn bis fünfzehn Prozent unnötiger Leistungen einzusparen (vier bis sechs Milliarden Franken pro Jahr!). Mit diesem Geld kann man dann den Ausbau von Spitex-Diensten oder die Finanzierung von Pflegeheimen sichern.

Mit den Krankenkassenprämien verhält es sich gleich wie mit den Steuern: Dass die Mittel benötigt werden, ist einsichtig, bezahlen tut trotzdem niemand gerne. Reicht dieses Missbehagen aber aus, um der Gesundheitsinitiative zuzustimmen? Nein, denn mit diesem Volksbegehren wird uns eine äusserst bittere Medizin mit schädlichsten Nebenwirkungen unterbreitet.

Eine Annahme hätte zur Folge, dass wir mit einer Flut neuer Gesundheitssteuern eingedeckt würden: mindestens vier zusätzliche Mehrwertsteuerprozente sowie neue Einkommens- und Vermögenssteuern. Besonders problematisch ist, dass gerade Personen mit tiefem Einkommen wesentlich schlechter fahren würden. Diese verlören ihren Anspruch auf Prämienvergünstigungen, hätten aber gleichzeitig wesentlich höhere Konsumsteuern zu bezahlen.

Äusserst heikel an der Gesundheitsinitiative ist, dass sie auf eine reine Kostenumverteilung abzielt, statt das



DAGEGEN: Pierre Triponez
Nationalrat FDP BE
Direktor Schweiz. Gewerbeverband

ungebremste Kostenwachstum ins Visier zu nehmen. Schlimmer noch: Mit der Gesundheitsinitiative würden die Kosten abermals in die Höhe getrieben. Denn mit den Franchisen und den Kostenbeteiligungen will die Initiative die einzigen Instrumente bodigen, die uns heute noch zu einem kostenbewussten Leistungskonsum anhalten.

Eine Annahme der Gesundheitsinitiative hätte den Tod der heutigen Kassenvielfalt zur Folge. Statt mit der uns vertrauten Krankenkasse hätten wir es inskünftig mit einem monopolistischen Staatsapparat und anonymen Beamten zu tun. Für ein klares Nein spricht auch, dass die Gesundheitsinitiative wohl auf direktestem Weg zur Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens führen würde.